

Argumentationshilfe

Frieden

1. Unsere Hauptbotschaft: „Worum es uns geht“

Die Europäische Union ist seit 70 Jahren Garantin für den Frieden. Wir stärken und erweitern sie, damit sie diese Rolle auch angesichts zunehmender globaler Unsicherheiten und Spannungen für die Menschen erfüllen kann. Denn wie wichtig es ist, dass wir entschlossen und geschlossen zusammenstehen, zeigt sich einmal mehr seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Mit Diplomatie, aktiver Sicherheitspolitik, fairem Handel und internationaler Zusammenarbeit wollen wir dafür sorgen, dass die EU unabhängiger von Autokraten wird, um Frieden und Freiheit in Europa zu verteidigen und weltweit zu fördern.

2. Kurzer Hintergrund zum Thema

Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und gestärkt werden. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine bedroht auch unseren Frieden und unsere Freiheit in Europa.

Auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. Der Terror der Hamas seit dem 7. Oktober und die darauf folgende erneute Eskalation im Nahen Osten drohen die Region zu destabilisieren. Autoritäre Regime wie China treten selbstbewusster auf und stellen die regelbasierte, internationale Ordnung infrage. In Afrika, Asien und Südamerika fordern Staaten und Gesellschaften derzeit zu Recht mehr Repräsentanz, faire Mitsprache und einen gleichwertigen Platz an Verhand-

lungstischen ein. Die große Herausforderung der Klimakrise können wir ebenfalls nur global beantworten, mit einer starken EU als Vorreiterin.

Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Dies gilt umso mehr, als bei unserem wichtigsten Partner, den USA, die Gefahr einer zweiten Trump-Präsidentschaft droht. Das macht einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere demokratischen Kräfte bündeln, um den Frieden in Europa zu schützen und einen starken europäischen Beitrag zur Sicherheit Europas und der Welt zu leisten. Dabei ist klar: In einer Welt im Umbruch haben wir nur gemeinsam eine Chance. Wenn die Mitgliedstaaten der EU alleine agieren, können sie kaum etwas ausrichten. Mit einer geeinten EU-Außenpolitik sind wir jedoch stark

3. Unsere Vorschläge „Was wir vorhaben“

Zeitenwende europäisch umsetzen. Um unseren Frieden zu schützen, müssen wir gemeinsam mehr für unsere Sicherheit in Europa tun – unabhängig davon, ob Trump die US-Wahlen gewinnt. Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir unsere Verteidigung sicherstellen – gerade auch als Teil der NATO. Beispielsweise setzen wir uns ein für die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern, eine engere Zusammenarbeit der Streitkräfte sowie mehr Koordination und Informationsaustausch in der EU durch die Gründung einer europäischen Nachrichtendienstagentur. Wir stehen fest an der Seite der Ukrainer*innen, die sich und damit auch die europäische Friedensordnung Tag für Tag gegen die Aggression Russlands verteidigen, denn eine russisch dominierte Ukraine würde auch uns direkt bedrohen. Wir unterstützen

die Ukraine umfassend und so lange wie nötig – politisch, finanziell, wirtschaftlich, militärisch und humanitär.

Klimaaußenpolitik. Die Klimakrise, eine der existenziellsten Herausforderungen der Menschheit, lässt sich nur global bewältigen. Wir wollen eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einnehmen und zugleich Partnerländer auf ihrem Weg zu klimaneutralem und klimaangepasstem Wohlstand unterstützen. Die Strategie für Klimaaußenpolitik der Bundesregierung möchten wir zur Grundlage für eine Weiterentwicklung auf europäischer Ebene nehmen. Wenn wir mit Ländern weltweit dabei zusammenarbeiten, klimaneutrale Energiequellen zu erschließen, haben auch wir die Möglichkeit, unsere nachhaltige Energieversorgung breiter aufzustellen und Abhängigkeiten insbesondere von Autokratien zu reduzieren.

Gemeinsam außenpolitisch handeln. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik noch immer die Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten, was wichtige Vorhaben zu oft blockiert. So konnte bspw. Orbán regelmäßig das Veto seines Landes sachfremd missbrauchen, was unter anderem lange die Unterstützung für die Ukraine blockiert hat. Das zeigt, wie dringend nationale Vetos als Sicherheitsrisiko abgeschafft werden müssen, gerade auch mit Blick auf künftige Erweiterungen um die Länder des Westbalkans, der Ukraine, der Republik Moldau und Georgien. Wir setzen uns für eine Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, damit die EU auch in der Außen- und Sicherheitspolitik als starke Akteurin auftreten kann. Wir wollen die Rolle eines europäischen Außenministers / einer Außenministerin schaffen – ausgestattet mit einem echten europäischen diplomatischen Dienst, statt des Hohen Vertreters, den wir heute haben. Denn wir haben ein stärkeres Gewicht auf der internationalen Bühne, wenn wir geeint auftreten.

Global Gateway zum Erfolg bringen. Um Partnerländern mit massiven Investitionsbedarfen ein attraktives Angebot zur Zusammenarbeit zu machen, wollen wir die “Global Gateway”-Strategie der EU stärken. Mit Investitionen in hochwertige Infrastruktur schaffen wir Win-Win Situationen für uns

und unsere Partnerländer weltweit: Global Gateway hilft uns, Quellen für erneuerbare Energien zu erschließen und unseren Partnerländern, klimaneutralen und gerechten Wohlstand zu schaffen. Damit bieten wir nicht zuletzt ein dringend benötigtes Gegenangebot zum chinesischen Programm der “Neuen Seidenstraße”.

Handel fair ausrichten. Wir setzen auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welt-handel bekennen. Damit haben wir die Möglichkeit, weltweit für hohe Umwelt- und Sozialstandards einzutreten, auch um dadurch die globalen Wettbewerbsbedingungen anzugleichen. Beispielsweise wollen wir, dass die Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in allen zukünftigen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden. Das kürzlich abgeschlossene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für einklagbare Nachhaltigkeitsstandards und ILO-Kernarbeitsnormen. Mit einer europäischen Lieferkettenrichtlinie, dem Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten und dem Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit haben wir es geschafft, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung über die gesamte Lieferkette hinweg einzudämmen.

Geschlechtergerechtigkeit stärken. Gesellschaften sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können – besonders die Rolle der Frauen ist dabei entscheidend. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass Frauen und weitere, unterrepräsentierte Gruppen in der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten sind. Beispielsweise stehen wir dafür ein, außenpolitische Institutionen der EU paritätisch zu besetzen und die Perspektive von Frauen und Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einzubeziehen.

EU-Erweiterung und Reform vorantreiben: Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte – sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität, unseren Wohlstand. Durch die EU-Erweiterung stärken wir Demokratie, Transparenz und Wohlstand in Europa: Das nutzt auch uns. Wir stellen uns damit auch aktiv dem Einfluss Russlands und Chinas in unserer

Nachbarschaft entgegen. Deswegen ist es unsere Verantwortung, Länder mit europäischer Perspektive (Westbalkan, Georgien, Moldau, Ukraine) aktiv zu unterstützen und den Beitrittsprozess zu beschleunigen. Trotzdem ist klar: Bei den Kriterien darf es keine Rabatte geben. Damit wir den Prozess zum Erfolg führen, wollen wir sie mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen und sichtbare Zwischenschritte mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel mit Zugang zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Umgekehrt sollen Rückschritte in den Verhandlungen zu einem Wegfall der Vorteile führen. Nationale Vetos von Mitgliedstaaten sollten den Beitrittsprozess nicht weiter blockieren dürfen. Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen. (Siehe dazu auch Arguhilfe Rechtsstaat, Demokratie, Reform und Erweiterung der EU.)

4. Unsere Erfolge „Was wir erreicht haben“

Unterstützung für die Ukraine: Deutschland und Europa haben von Anfang an klar gemacht: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und unterstützen sie – politisch, finanziell, militärisch und humanitär. Es war die EU, die binnen weniger Tage signifikante Unterstützung für die Ukraine über die Europäische Friedensfazilität mobilisiert hat – und das, obwohl diese noch nie zuvor auf diese Weise genutzt wurde. In absoluten Zahlen hat Deutschland innerhalb der EU am meisten beigetragen und ist auch international nach den USA derzeit zweitgrößter Unterstützer. Die Entschlossenheit und Geschlossenheit bei der Unterstützung der Ukraine war ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Sicherung unseres Friedens.

Feministische Außenpolitik: Unter grüner Führung setzt das Auswärtige Amt zum ersten Mal Leitlinien für Feministische Außenpolitik um. Deutschland hat sich im UN-Menschenrechtsrat erfolgreich für eine Fact Finding Mission zum Iran eingesetzt, die die gewaltsame Niederschlagung der feministisch inspirierten Proteste nach dem Tod von Mahsa Amini untersucht. Auch institutionell kommen wir

voran: Deutschland hat nun beispielsweise eine Botschafterin für feministische Außenpolitik, die für die Umsetzung der Leitlinien im Auswärtigen Dienst sowie für die Koordinierung mit nationalen und internationalen Partnern Sorge trägt. Darüber hinaus wird ab Mitte des Jahres fast jede dritte Auslandsvertretung von einer Frau geleitet – doppelt so viele noch 2018.

Auch in der EU-Politikagenda haben wir Grüne feministische Außenpolitik fest verankert. So wurden zentrale grüne Forderungen in den „Gender Action Plan“ der EU-Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes aufgenommen.

Klimaaußenpolitik: Die Bundesregierung hat die Klimaaußenpolitik ganz neu priorisiert, mit einer eigenen Beauftragten und einer ressortübergreifenden Strategie. Damit richten wir unser Handeln am Pariser Klimaabkommen aus und nehmen dabei auch unsere internationalen Partner mit. Das hat handfeste Ergebnisse: Eines der wichtigsten ist die auf der 27. Weltklimakonferenz getroffene Übereinkunft, einen Fonds für von der Klimakrise verursachte Schäden und Verluste (Loss & Damage) einzurichten. Deutschland war mit 100 Millionen Euro einer der beiden ersten Einzahler – ein wichtiges Zeichen für weltweite Klimagerechtigkeit.

Partnerschaften mit dem Globalen Süden: In den letzten zwei Jahren hat Deutschland seine Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens intensiviert und ausgebaut. Gerade in Zeiten, in denen Staaten wie Russland oder China die regelbasierte internationale Ordnung in Frage stellen, sind wir mehr denn je auf diese Partnerschaften angewiesen. Insbesondere Außenministerin Annalena Baerbock hat sich wiederholt an die Seite vieler Länder des Globalen Südens gestellt, die zu Recht gerechtere Repräsentanz und faire Mitsprache in internationalen Organisationen fordern. Unter ihr sind wir außerdem entscheidene Schritte gegangen, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden. Stellvertretend dafür steht die Rückgabe der in der Kolonialzeit geraubten Benin-Bronzen an Nigeria durch die Bundesregierung im letzten Jahr.

5. Wie unterscheiden wir uns von den anderen? „Warum Grün?“

Wir bringen Deutschland entschlossen durch die Zeitenwende, nicht zuletzt mit einer starken grünen Außenministerin. Als viele noch von „Wandel durch Handel“ träumten, haben wir bereits vor autokratischen Regimen wie Putins Russland und ihren imperialen Bestrebungen gewarnt. Wir unterstützen die Ukraine umfassend gegen die Aggression Russlands – politisch, finanziell, wirtschaftlich, militärisch und humanitär. In der aktuellen Lage ist es unausweichlich, unseren Frieden auch durch militärische Mittel zu verteidigen. Gleichzeitig halten wir am Vorrang des Zivilen fest (im Gegensatz zum Begriff der „Kriegstüchtigkeit“ von Verteidigungsminister Pistorius, SPD). Wir stehen ein für Diplomatie und Deeskalation und gehen die strukturellen Wurzeln von Krisen und Konflikten an – wie etwa die Klimakrise und Ungleichheit.

Wir sind die treibende Kraft im Europäischen Parlament, wenn es darum geht, klare Kante gegen Autokraten zu zeigen sowie Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Wir stehen für eine vertiefte europäische Integration und engere Verzahnung zwischen EU und Mitgliedstaaten, gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik – während andere auf die Bremse drücken oder sich diesem Ziel mit Blockaden in letzter Minute aktiv entgegenstellen. Dazu gehören für uns zentral Aspekte wie die Entwicklungszusammenarbeit, die Förderung von Demokratie weltweit und die Förderung einer feministischen Außenpolitik.

6. Fragen / Gegenargumente

Warum engagieren wir uns so sehr im Ausland, wenn wir doch so viele Probleme hier in Deutschland haben?

- Unser außenpolitisches Engagement ist in unserem ureigenen Interesse. In der heutigen globalisierten Welt haben Krisen und Konflikte, auch wenn sie Tausende Kilometer entfernt sind, Auswirkungen auf unser Leben haben: Sie können für steigende Energiepreise sorgen, Lieferketten und damit unsere Versorgung unterbrechen oder Flucht und Vertreibung mit sich bringen – und damit Menschen, die vor Krieg und Verfolgung Schutz in Europa suchen.
- Besonders Deutschland als Exportnation ist auf Frieden und eine stabile internationale Ordnung angewiesen und hat davon in den letzten Jahrzehnten profitiert.
- Insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass unser Frieden verletzlich ist, unsere Freiheit kostbar und unsere Sicherheit nicht selbstverständlich.
- Frieden, Freiheit und auch Wohlstand erwachsen nicht aus Abschottung, sondern nicht zuletzt aus unserem internationalen Engagement.
- Viele der großen Herausforderungen unserer Zeit – Klimawandel, Flucht und Migration sowie technologischer Wandel – lassen sich nur global lösen.
- Innere und äußere Sicherheit sollte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir sehen natürlich die Probleme auch hierzulande. Deshalb setzen wir uns unter anderem dafür ein, dass eine notwendige Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht zulasten der Sozialausgaben geht.

Wir befeuern mit Waffenlieferungen ins Ausland doch nur Kriege und Konflikte und tragen damit zu Fluchtbewegungen bei. Was ist aus Abrüstung und Rüstungskontrolle geworden?

- Wir stehen nach wie vor für eine restriktive Rüstungsexportpolitik und wirksame Instrumente für Abrüstung und Rüstungskontrolle, gerade in Zeiten von zunehmenden Kriegen und Konflikten. Damit schaffen wir global mehr Sicherheit für alle.
- Im Fall der Ukraine geht es um die Verteidigung in einem Krieg, den dort niemand wollte. In diesem Fall ist eine Unterstützung mit Rüstungsgütern eine Notwendigkeit angesichts der brutalen Aggression Russlands. Denn es ist Putins erklärtes Ziel, die Ukraine zu vernichten und die Sicherheitsordnung Europas zu zerstören, was noch wesentlich mehr Gewalt und Krieg auf unserem Kontinent zur Folge hätte.
- Als Demokratien müssen wir zusammenstehen und dagegenhalten – dazu gehört auch militärische Unterstützung.
- In Deutschland setzen wir uns für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz ein, fördern vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Staaten und treiben bi- und multilateral Abrüstungsinitiativen voran.

Sollten wir uns nicht stärker für diplomatische Initiativen oder eine Waffenruhe zwischen Russland und der Ukraine einbringen?

- Der ukrainische Präsident Selenskyj hat bereits im November 2022 seine „Friedensformel“ („10-Punkte-Plan“) vorgestellt. Die Ukraine und ihre Partner werben weltweit für diese Friedensformel.
- Derzeit deutet jedoch nichts darauf hin, dass die russische Regierung an Friedensgesprächen interessiert ist. Die Angriffe Russlands dauern an, ebenso wie Folter, Vergewaltigung und Verschleppungen. Russland rückt derweil nicht von seinen maximalistischen Forderungen ab,

wie der Anerkennung seiner Annexionen ukrainischen Territoriums.

- Wir unterstützen aber trotzdem aktiv diplomatische Initiativen – etwa im Rahmen der UN, der G7 oder zuletzt beim Weltwirtschaftsforum in Davos.
- Wir alle wünschen uns Frieden – gerade deshalb braucht es eine stärkere Unterstützung der Ukraine gegen die Aggression Russlands sowie vertiefte europäische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Denn: Weltweit lernen Autokraten, dass sie mit ihren imperialen Machtbestrebungen durchkommen, wenn sie bei Verletzungen des Völkerrechts nicht entschieden und entschlossen gestoppt werden. Auch das sind unsere Lehren aus der aus heutiger Sicht zu zögerlich zu bewertenden Reaktion auf Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der Invasion des Donbass 2014.

Warum unterstützen wir die Ukraine nicht stärker?

- Deutschland steht mit umfangreicher politischer, militärischer, finanzieller, wirtschaftlicher und humanitärer Unterstützung fest an der Seite der Ukraine – so lange wie nötig.
- In absoluten Zahlen ist Deutschland der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine, hat über 30 Milliarden Euro beigesteuert und bietet rund 1.2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern Schutz in Deutschland.
- Wir prüfen in der Bundesregierung stetig, wie wir die Ukraine noch besser unterstützen können. Für dieses Jahr wurden die Mittel für die Ukraine auf 8 Milliarden Euro verdoppelt.

Wie rechtfertigt ihr eure Israel-Politik? Was ist denn mit all dem Leid in Gaza?

- Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen haben auf brutale Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln genommen.

- Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen. Wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft muss sich Israel dabei im Rahmen des humanitären Völkerrechts handeln. Dazu gehören Verhältnismäßigkeit und der größtmögliche Schutz der Zivilbevölkerung.
- Der Krieg in Gaza hat die humanitäre Lage in Gaza drastisch verschärft.. Die Zivilbevölkerung leidet unter extremem Hunger, Durst, Krankheiten, fehlender Sicherheit und zunehmender Verzweiflung. Die UN warnen, vor einer Hungersnot.
- Es ist richtig, dass die Bundesregierung die humanitäre Hilfe seit Oktober mehrmals auf über 230 Millionen Euro aufgestockt hat. Die Bundeswehr beteiligt sich beim Abwurf von Hilfsgütern. Aber das Engagement von außen allein reicht nicht aus: die israelische Regierung muss sicheren und ungehinderten humanitären Zugang auf dem Landweg ermöglichen.
- Wir setzen uns vehement für einen humanitären Waffenstillstand ein, damit lebensrettende humanitäre Hilfe in deutlich größerem Umfang ankommen und die noch immer festgehaltenen Geiseln endlich freikommen können.
- Dafür ist die Außenministerin Annalena Baerbock schon mehrere Male seit dem 7. Oktober in die Region gereist.